

FINANZWOCHE

50
Jahre

INTERNATIONALE KONJUNKTUR- UND MARKTANALYSE SEIT 1974

KOMPAKT

ALLGEMEINER MARKTKOMMENTAR

- Europa und China am Aktienmarkt mit derzeit besserem Chance/Risiko-Verhältnis als USA.
- China-Aktien fundamental bezogen auf Gewinn und Substanz unterdurchschnittlich bewertet. Markttechnisch positiv.
- US-Anleihen profitieren von Elon Musks Reduzierung öffentlicher Ausgaben und fallendem Verbrauchervertrauen. In Deutschland Finanzaktien bevorzugen, Gesundheitstitel wie Fresenius SE im Aufwärtstrend.
- Aufrüstung in Europa kostet am Ende nicht nur einen Billionenbetrag, sondern wird auch Anleihemärkte belasten (Verkauf von Staatsanleihen zur Finanzierung). Draghi für europäische Infrastruktur und Rüstung sowie Frau von der Leyen für Ukraine wollen zusammen ca. 1,5 Bio. € Schulden machen. Rüstungsausgaben verursachen nur konjunkturelles Strohfeuer im Gegensatz zu produktivitätsverbessernden Investitionen.
- Polen-Aktien weiter im Aufwärtstrend.



DR. JENS EHRHARDT

Herausgeber Finanzwoche

Was bringt die deutsche Wahl für Wirtschaft und Börse? Es steht zu befürchten, dass die hohen Hoffnungen, welche speziell die deutsche Börse in letzter Zeit nach oben trieb, enttäuscht werden. Es war vor allen Dingen die Aussicht auf Frieden in der Ukraine, die internationale Aktienanleger inkl. Fonds zum Kauf deutscher Aktien veranlasste. Für ein Land, das mit Export und Globalisierung groß geworden ist, sind gute Wirtschaftsbeziehungen zu möglichst vielen Ländern wünschenswert. Die deutsche Regierung hat allerdings das Kunststück fertig gebracht, die Beziehung zu Russland völlig zu vergiften und inzwischen entfremdet man sich zusehends von den USA. Damit steht zu befürchten, dass sich der deutsche Wirtschaftsabschwung speziell beim Export und der Industrieproduktion fortsetzt. Der ifo-Indikator zeigte bei den Erwartungen zuletzt eine neue Abschwächung. Der ZEW-Indikator liegt nahe Allzeittief.

Die für Börse und Wirtschaft erfolgreichsten Perioden in Deutschland waren die letzte Amtszeit Helmut Kohls von November 1994 bis Oktober 1998. Die zweite Hälfte der 90er Jahre war die letzte Phase, in der die Weltbörsen noch durch einen sehr langfristigen Aufschwung gekennzeichnet waren. Die Welt blühte nach Ende des Kalten Krieges wirtschaftlich auf. Die zweitbeste Phase für den deutschen Aktienmarkt und auch eine sehr gute Periode für die deutsche Konjunktur war die zweite Amtszeit Gerhard Schröders. Der DAX

legte über 71% zu und wurde vorangetrieben durch das Ende Deutschlands als Schlusslicht der europäischen Wirtschaftsnationen und den Vorgriff auf die von Gerhard Schröder eingeleitete Wirtschaftsblüte, von der in ihren ersten Jahren auch Angela Merkel unverdient profitierte (sie baute von vornherein die Schröder-Reformen – die letzten, die es in Deutschland gab – Schritt für Schritt ab). Schröder setzte darauf, dass eine boomende Wirtschaft (die er stets förderte) allen Bevölkerungsschichten zugutekommt, während die heutige SPD sich um 180 Grad gedreht hat und Umverteilung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Dabei ist der deutsche Wähler solcher SPD-Politik nicht auf den Leim gegangen. Nur noch 16% der Arbeiter wählen die frühere Arbeiterpartei (die heute links-grün ist). Dagegen stimmten 38% der Arbeiter bundesweit für die AfD. Im Osten Deutschlands lag der AfD-Stimmenanteil teilweise mit knapp 40% fast doppelt so hoch wie der Bundesstimmenanteil von knapp 21%. Zusammen mit der Links-Partei könnte die AfD damit Aufrüstung durch neue "Bundeswehr-Sondervermögen" (wohl 200 Mrd. € neue Schulden) stoppen oder auch die Aufweichung der Schuldenbremse verhindern. Erschwerend kommt hinzu, dass der CDU-Koalitionspartner SPD teilweise völlig abweichende Meinungen von der CDU hat und wahrscheinlich eine Mitgliederbefragung starten wird, ob die SPD mit der CDU koalieren sollte. Es ist keineswegs sicher, dass die neue Regierung vier Jahre hält.

Erfreulich ist aus der Sicht des Herausgebers, dass die Grünen nicht mehr Teil der Regierung sind, was dem Wirtschaftsstandort zugutekommen sollte. Viel Aufwärtspotenzial für Deutschlands Wirtschaft ist in absehbarer Zeit wohl trotzdem nicht in Sicht. Während die nur um einen Monat verschobenen 25%-Zölle gegen Kanada und Mexiko kaum Aussicht auf volle Realisierung haben dürften, da die Abhängigkeit der USA von Importen aus diesen Ländern sehr hoch ist und hohe Zölle die US-Inflationsrate unverhältnismäßig erhöhen würden, sind höhere US-Zölle auf europäische Waren dagegen sehr wahrscheinlich, was den Europa-Aktienaufschwung belasten könnte.

Hohe Inflation ist das Letzte, was Trump jetzt brauchen kann. Das gilt nicht nur für die Politik der Zentralbank, sondern auch für die Stimmung in der Bevölkerung, wo Amerika bekanntlich ähnlich gespalten ist wie einige europäische Länder. Schlechte Konjunktur und hohe Inflation – also eine Stagflation – ist die schlechteste Medizin, um labile politische Systeme zu beruhigen. Tatsächlich heizen deutsche Politiker die feindselige Situation sogar weiter an. SPD-Bundespräsident Steinmeier nannte die ostdeutschen AfD-Politiker, die mit weitem Abstand (also wesentlich mehr als die CDU im Westen) die Wahl im Osten gewonnen hatten, "Rattenfänger". Den US-Präsidenten bezeichnete er als "Hassprediger" ohne sich zu überlegen, was dies für das deutsch-amerikanische Verhältnis bzw. die sich wandelnden Zeiten zu bedeuten hat.

Für die Börsen sind es hochpolitische Zeiten. Eigentlich hätten sich die Europäer von den jüngsten Ereignissen nicht überraschen lassen dürfen, wenn sie Donald Trumps Kommentare nicht nur zu Zöllen, sondern auch zur Ukraine vor der Wahl zugehört hätten. Wer aber die Zeichen der Zeit verpasst – das sagte schon Gorbatschow im Hinblick auf die Zuspätkommer –, der muss sich nicht wundern, wenn er später fühlen muss. Die deutschen Politiker, die von US-Vizepräsident J.D. Vance den "Wake-up-Call" in München verpasst bekamen, fühlten sich sicherlich nicht viel anders als die DDR-Politiker, als ihnen Gorbatschow die geänderten Zeichen der Zeit verdeutlichte.

Trump und Vance erfassen realistisch die tatsächliche Situation, während die Europäer irreführen den bzw. fast wahrheitswidrigen Narrativen z.B. über die Entstehung des Ukrainekriegs nachhängen und sich auf ihrem Gutmensch-Gehabe ausruhen. Wenn Vance hervorhob, dass es in Deutschland üblich geworden ist, dass man

sich nicht mehr traut, die Wahrheit zu sagen, so stimmt dieser Tatsache laut Umfragen auch der größte Teil der deutschen Öffentlichkeit zu.

Wie geht es jetzt in Deutschland weiter? Die deutschen Spitzenpolitiker haben es mit ihrer gegen den gesunden Menschenverstand gerichteten Politik fertig gebracht, dass wir uns mit Russen und Chinesen nicht mehr verstehen und inzwischen auch nicht mehr mit den Amerikanern. Für ein Land, das vom Welthandel abhängig ist, eine erbarmungslos schlechte Politik. Die USA nähern sich Russland, um die von Europa herbeigeführte Nähe zu China wieder zu verringern. Es war sehr dumm von der EU, Russland in die Hände Chinas zu treiben, was China sehr nützte.

Die FINANZWOCHE Kompakt gibt einen Einblick in die ersten Seiten der FINANZWOCHE. Weitere Informationen finden Sie unter www.finanzwoche.de.

IMPRESSUM

Die FINANZWOCHE erscheint bei der FINANZWOCHE Verlags-Gesellschaft für Anlageinformation mbH. Anschrift: Pullacher Straße 24, D-82049 Pullach, Tel. 089/5203770, Internet: www.finanzwoche.de, E-Mail: info@finanzwoche.de. Geschäftsführer: Dr. Jens Ehrhardt. Handelsregistergericht: HRB 54227. Ust-ID: 129346832

Erscheinungsweise: 14-tägig (unter Vorbehalt des Verlags). Der Verlag unterwirft sich den journalistischen Verhaltensgrundsätzen und Empfehlungen des Deutschen Presserates zur Wirtschafts- und Finanzmarktberichterstattung. Urheberrecht: Kein Teil der FINANZWOCHE darf (auch nicht auszugsweise) ohne unsere ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung reproduziert werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verlag. Erfüllungsort und Gerichtsstand: München. Allgemeiner Hinweis: Wir machen Sie vorsorglich darauf aufmerksam, dass die in der Finanzwoche enthaltenen Finanzanalysen eine individuelle Anlageberatung durch Ihren Anlageberater oder Vermögensberater nicht ersetzen können. Den Artikeln, Empfehlungen, Charts und Tabellen liegen Informationen zugrunde, die die Redaktion für zuverlässig hält. Eine Garantie für die Richtigkeit kann die Redaktion jedoch nicht übernehmen. Jeder Haftungsanspruch, insbesondere für Vermögensschäden, die aus Heranziehung der Ausführungen in der Finanzwoche resultieren, wird daher abgelehnt. Risiko-Hinweis: Jedes Finanzinstrument ist mit Risiken behaftet. Im schlimmsten Fall droht ein Totalverlust. Alle Angaben stammen aus Quellen, die die Redaktion für vertrauenswürdig hält ohne eine Garantie für die Richtigkeit übernehmen zu können. Die redaktionellen Inhalte stellen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar, sondern geben lediglich die Meinung der Redaktion wieder.